

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 16

22.05.2015

### **INHALT**

<b>ZUR LAGE</b>	<b>2</b>
<b>ZUR WOCHE</b>	<b>3</b>
<b>CDU VERWEIGERT SICH SACHGESPRÄCHEN ZUR BÜRGERBETEILIGUNG</b>	<b>3</b>
<b>KAMPF GEGEN EXTREMISMUS: AUCH ZIVILGESELLSCHAFT GEFORDERT</b>	<b>3</b>
<b>ERFOLGSGESCHICHTE GEHT WEITER: AUCH KÜNFTIG LANDESGARTENSCHAUEN</b>	<b>4</b>
<b>RHEINLAND-PFÄLZER STEHEN HINTER DER ENERGIEWENDE</b>	<b>4</b>
<b>INVESTITIONSPROGRAMM FÜR KOMMUNEN</b>	<b>5</b>
<b>ZAHLEN UND FAKTEN</b>	<b>6</b>

**SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE**

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION  
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ  
[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

auch diese Woche hat die CDU-Fraktion mit ihrer Verweigerungshaltung deutlich gemacht, dass sie nicht dazu bereit ist, konstruktiv für die Interessen der Menschen in unserem Land zu arbeiten. Diesmal sitzt sie in der Schmollecke, weil wir gemeinsam mit der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung auf den Weg bringen wollen. Die CDU hat Angst vor den Entscheidungen der Menschen. Schlimmer noch: Sie traut den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, stärker am demokratischen Prozess teilzunehmen.

Es wird einmal mehr deutlich, dass unser Land mit der von uns getragenen rot-grünen Landesregierung vorankommt. Die CDU-Fraktion ist auf den Oppositionsbänken gut aufgehoben.

Der in dieser Woche von **unserem Innenminister Roger Lewentz** vorgestellte Verfassungsschutzbericht zeigt, dass Rheinland-Pfalz kein Zentrum des Extremismus in Deutschland ist. Im Kampf gegen politischen Extremismus und radikalen Islamismus müssen wir aber weiter wachsam sein. Es ist deshalb gut, dass **unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen** in dieser Woche die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Verteidigung unserer gemeinsamen Werte hervorgehoben hat. Geistigen Brandstiftern müssen wir Demokratinnen und Demokraten entschlossen entgegen treten. Als Provokation empfinde ich die angekündigte Demonstration der radikalen Gruppierung „Der III. Weg“ an diesem Samstag in Limburgerhof, wo Anfang dieses Monats ein perfider Brandanschlag auf eine geplante Asylbewerberunterkunft verübt wurde. In einer Aktuellen Stunde werden wir das Thema Rechtsextremismus auch im Landtag thematisieren.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer', is written over a white background.

**Alexander Schweitzer**

**SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE**

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION  
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ  
[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)

## ZUR WOCHE

### ***CDU verweigert sich Sachgesprächen zur Bürgerbeteiligung***

Die CDU-Fraktion hat in dieser Woche die fraktionsübergreifenden Gespräche zur Steigerung der Bürgerbeteiligung von einem Tag auf den anderen verlassen. *„Das ist sehr bedauerlich. Nun wollen wir die CDU-Fraktion nochmals ermutigen, an den Tisch zurückzukehren. Ziel aller Landtagsfraktionen muss sein, gemeinsam den Weg für mehr Bürgerbeteiligung zu ebnen“*, erklärte **unser Parlamentarischer Geschäftsführer, Carsten Pörksen**.

Die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bisher keine festen Absprachen bezüglich der Erhöhung der Bürgerbeteiligung getätigt. In den vergangenen Tagen ist in der Presse zu lesen gewesen, was bereits im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ niedergeschrieben ist und im vergangenen Jahr veröffentlicht wurde. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren demnach dafür, die Hürden für Volksbegehren zu senken und das Sammeln von Unterschriften auch außerhalb von Rathäusern, etwa in Fußgängerzonen, zu erlauben.

Falls die CDU-Fraktion bei ihrem Nein zu gemeinsamen Gesprächen bleibt, stellen sich folgende Fragen: Ist es der CDU völlig egal, wie mehr Menschen in Rheinland-Pfalz direkten Einfluss auf politische Prozesse und Entscheidungen ausüben können? Warum ist sie gegen mehr Bürgerpartizipation und gegen die Senkung der Hürden für Volksbegehren und -entscheide?

### ***Kampf gegen Extremismus: Auch Zivilgesellschaft gefordert***

**Unser Innenminister Roger Lewentz** hat am Mittwoch den Verfassungsschutzbericht 2014 für Rheinland-Pfalz vorgestellt. Der Verfassungsschutzbericht zeigt, dass Rheinland-Pfalz kein Schwerpunkt des Extremismus in Deutschland ist. Dennoch ist im Bereich des politischen Extremismus und des radikalen Islamismus große Wachsamkeit nötig. Der Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz hat dabei große Erfolge zu verzeichnen. So hat er bei der Aufdeckung der rechtsterroristischen Organisation ‚OSS‘ eine zentrale Rolle gespielt. Damit beweist er einmal mehr seine wichtige Rolle bei der Bekämpfung extremistischer Tendenzen.

*"Der Verfassungsschutz nimmt eine elementare Rolle bei der Verteidigung der demokratischen Werte ein. Von großer Bedeutung ist aber auch die Zivilgesellschaft", erklärte **unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen**. "Der Schutz des Rechtsstaats kann nur funktionieren, wenn starke zivilgesellschaftliche Kräfte im Sinne des Gemeinwesens wirken. Alle Demokraten sind täglich dazu aufgerufen, Extremismus entgegen zu treten."*

Aktuelles Beispiel sind für Pörksen die Vorgänge im pfälzischen Limburgerhof, wo Anfang des Monats von Unbekannten eine sich im Bau befindliche Flüchtlingsunterkunft in Brand gesteckt worden ist – vermutlich aus fremdenfeindlichen Ressentiments heraus. An diesem Samstag, 23. Mai, will dort die radikale Gruppierung „Der III. Weg“ gegen die „Asylflut“ demonstrieren. *„Das Beispiel zeigt: Den Brandstiftern, die an den Rändern geistig zündeln, muss entschlossen entgegen getreten werden,“* so **Carsten Pörksen**.

### **Erfolgsgeschichte geht weiter: Auch künftig Landesgartenschauen**

In Rheinland-Pfalz sind bisher vier Landesgartenschauen organisiert worden – in Kaiserslautern, Trier, Bingen und Landau. Die Ausstellungen mit ihren großen Investitionsprogrammen haben positive Spuren hinterlassen und Regionen, Städten oder Stadtteilen ihren Stempel aufgedrückt. **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** begrüßt daher das neue Konzept für Landesgartenschauen: *„Geplant ist ein vernünftiger Mittelweg: Auf der einen Seite wird dafür Sorge getragen, dass die Kosten vereinbar sind mit der Umsetzung der Schuldenbremse. So soll die nächste Gartenschau erst im Jahr 2022 stattfinden. Auf der anderen Seite sollen die Schauen nicht zu einer ‚Blumenausstellung light‘ werden: Denn nur Landesgartenschauen mit einer gewissen Größe können den Städten nachhaltige Impulse in den Bereichen Städtebau, Infrastruktur und Umnutzung von Konversionsflächen liefern.“*

### **Rheinland-Pfälzer stehen hinter der Energiewende**

Das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest hat am Mittwoch eine Studie zur Akzeptanz der Energie- und Klimaschutzpolitik in Rheinland-Pfalz veröffentlicht. Sie belegt, dass der von der rot-grünen Landesregierung eingeschlagene Weg der richtige ist und dass die Menschen im Land mit großer Mehrheit hinter der Energiewende und dem Ausbau der erneuerbaren Energien stehen. Auch bei der teils in der Kritik stehenden Windkraft gibt es landesweit einen guten Wert: Die Stromerzeugung aus Windenergie bewerten 85 Prozent der Menschen positiv. Das zeigt: Die rot-grüne Landesregierung verfolgt eine entschlossene und nachvollziehbare Energiepolitik. *„Die Koalition hat die Interessen der Bevölkerung und der*

*Wirtschaft im Blick. Mit kritischen Tönen, sofern sie vorhanden sind, setzt das Land sich auseinander. Die Koalition fährt anders als die CDU eine gerade Linie. Anders als die CDU setzt die Koalition nicht auf eine negative Stimmungsmache gegen erneuerbare Energien. Der rot-grünen Landesregierung und den Koalitionsfraktionen gelingt es, alle energiewirtschaftlichen Ziele im Blick zu halten - eine günstige, ökologische und sichere Versorgung der Menschen und der Wirtschaft mit Energie,“ machte unser energiepolitischer Sprecher **Marcel Hürter** deutlich.*

### ***Investitionsprogramm für Kommunen***

Mit der schnellen Verabschiedung des Landesprogramms zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) des Bundes unterstreicht die rot-grüne Koalition ihre Bemühungen für die Kommunen. Sie sorgt für die Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen und verschafft den Kommunen möglichst schnell Klarheit über die neuen Handlungsmöglichkeiten. Dazu erklärte unser haushalts- und finanzpolitischer Sprecher, **Dr. Denis Alt:** „Mit dem Geld aus dem neuen Programm können die rheinland-pfälzischen Kommunen einen Teil des Investitionsstaus auflösen. Sie können die Versorgung in den Bereichen Krankenhäuser, Straßen, Schulen, Städtebau und Breitbandausbau bis hin zur frühkindlichen Betreuung spürbar verbessern.“

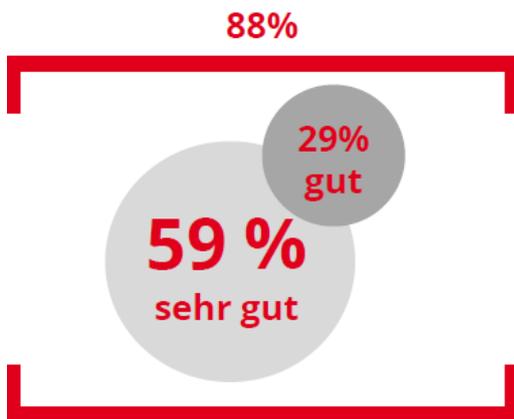
Das Gesetz des Bundes wird voraussichtlich bis zur Sommerpause in Kraft treten. Mit dem Kabinettsbeschluss ist die Koalition sehr gut in der Zeit und wird das Programm – wie in den vergangenen Jahren das Konjunkturprogramm II – ohne jede Verzögerung umsetzen. Die rheinland-pfälzischen Kommunen profitieren überproportional von dem Programm des Bundes, weil nicht nur die Einwohnerzahl des Landes bei der Mittelzuteilung zugrundegelegt wird. Sondern es findet auch die tatsächliche Finanzkraft der Kommunen Berücksichtigung. Statt 175 Millionen Euro fließen so gut 253 Millionen Euro an die Kommunen des Landes. Das entspricht einem Plus von gut 78 Millionen Euro. Hinzu kommen im Jahr 2017 voraussichtlich weitere 59 Millionen Euro.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Die stärkere Berücksichtigung der tatsächlichen Finanzkraft der Kommunen bei der Mittelverteilung muss auch bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs verankert werden.

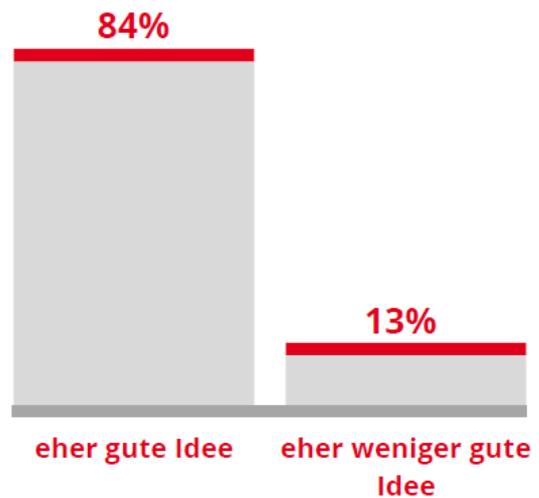
## ZAHLEN UND FAKTEN

### RHEINLAND-PFÄLZER STEHEN HINTER DER ENERGIEWENDE

**88 Prozent** der Rheinland-Pfälzer beurteilen die **Energiewende** positiv.



**84 Prozent** der Rheinland-Pfälzer finden das **Klimaschutzkonzept des Landes** eine gute Idee.



**85 Prozent** der Rheinland-Pfälzer findet, dass die Vorteile der **Windenergie** überwiegen.



**89 Prozent** der Rheinland-Pfälzer halten eine **nachhaltige Klimaschutzpolitik** für wichtig.



(Quelle: TNS Infratest Politikforschung 2015)